

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

04. - 10. Oktober 2025

Premierminister Sébastien Lecornu hat am 6. Oktober nur wenige Stunden nach der Vorstellung seines neuen Kabinetts überraschend seinen Rücktritt erklärt. Die Regierung führt seitdem lediglich die laufenden Geschäfte und hat nur eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten, bis ein neuer Premierminister ernannt ist. Lecornu wurde inzwischen damit beauftragt, letzte Gespräche mit allen politischen Kräften zu führen, um mögliche Kompromisse auszuloten. Am 7. Oktober schlug Lecornu vor, die politischen Verhandlungen auf zwei Kernpunkte zu fokussieren: den Haushalt 2026 und die Lage in Neukaledonien. Ein „gemeinsames Fundament“ solle helfen, parteiübergreifend tragfähige Lösungen zu finden. Ziel ist es, vor dem 31. Dezember einen Haushalt für 2026 zu verabschieden, mit einem Staatsdefizit zwischen 4,7 % und 5 % des BIP, und damit eine Auflösung der Nationalversammlung zu vermeiden. Ebenfalls am 7. Oktober forderte der ehemalige Premierminister Édouard Philippe überraschend eine vorgezogene Präsidentschaftswahl und stellte damit die Autorität Macrons offen in Frage – ein Vorstoß, der innerhalb der politischen Klasse für Aufsehen sorgte und das Klima weiter anspannte. Am 8. Oktober betonte Lecornu in einer Ansprache, dass mehrere politische Kräfte bereit seien, bis zum Jahresende einen Haushalt zu verabschieden – ein „klarer gemeinsamer Wille“, der die Gefahr einer Auflösung der Nationalversammlung verringere. Nach Gesprächen mit den Bürgerlich-Konservativen und dem Macron-Lager traf er auch Vertreter der Sozialisten, Grünen und Kommunisten, um mögliche Kompromisslinien abzustecken. Ebenfalls am 8. Oktober kündigte Bruno Retailleau (Les Républicains) an, sich aus jeder künftigen Regierung zurückzuziehen, die von einem linken oder macronistischen Premierminister geführt wird – eine klare Absage an mögliche politische Annäherungen. Am selben Tag erklärte das Präsidium der Nationalversammlung eine von der Opposition eingereichte Motion zur Amtsenthebung des Präsidenten für unzulässig. Staatspräsident Emmanuel Macron muss nun entscheiden, wie es politisch weitergeht und wen er mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt: Die Sozialistische Partei fordert einen linken Premierminister, La France insoumise verlangt seinen Rücktritt, und der Rassemblement National droht, jede Regierung zu stürzen, solange es keine Auflösung der Nationalversammlung gibt. Les Républicains lehnen sowohl einen linken Premierminister als auch eine Rücknahme der Rentenreform ab. Der zukünftige Premierminister wird der achte seit dem Amtsantritt Emmans im Jahr 2017 sein.

Parallel dazu wird derzeit auch über eine Aussetzung der Rentenreform von 2023 diskutiert, um die politische Krise zu entschärfen. Eine zentrale Idee ist es, das gesetzliche Renteneintrittsalter vorerst einzufrieren. Statt wie geplant schrittweise auf 64 Jahre zu steigen, könnte es bei 62 Jahren und 9 Monaten bleiben – zumindest bis zur Präsidentschaftswahl 2027. Die ehemalige Premierministerin Élisabeth Borne und die Gewerkschaft CFDT unterstützen diesen Vorschlag. Die CFDT fordert zudem ein Punktesystem, damit Bürgerinnen und Bürger flexibler über ihren Renteneintritt entscheiden können. Unklar ist jedoch, ob auch an der Anzahl der Beitragsjahre etwas geändert würde. Die Reform von 2023 sieht vor, dass für eine Rente ohne Abschläge 172 Quartale (43 Jahre) nötig sind. Wenn nur das Eintrittsalter eingefroren wird, aber nicht die Beitragsdauer, müssten viele Menschen trotz früherem Rentenalter weiterarbeiten, um Abschläge zu vermeiden. Gewerkschaften warnen, dass eine isolierte Änderung des Rentenalters ohne Anpassung der Beitragszeit sozial ungerecht wäre und zu neuen Spannungen führen könnte. Trotzdem sehen viele in einer Aussetzung der Reform einen möglichen Kompromiss, um die aktuelle politische Blockade in Frankreich zu überwinden.

Robert Badinter, der maßgeblich zur Abschaffung der Todesstrafe in Frankreich beigetragen hat, wurde am 9. Oktober ins Panthéon aufgenommen, ein Ehrenmal, in dem bedeutende Persönlichkeiten der Französischen Republik wie Marie Curie oder Victor Hugo ruhen. Die feierliche Zeremonie unter der Leitung von Präsident Emmanuel Macron fand genau 44 Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Abschaffung der Todesstrafe statt. Badinter, der am 9. Februar 2024 im Alter von 95 Jahren verstarb, war von 1981 bis 1986 Justizminister und setzte sich nicht nur gegen die Todesstrafe, sondern auch gegen Antisemitismus ein – sein Vater, ein Jude, wurde im Zweiten Weltkrieg deportiert und ermordet. Außerdem kämpfte er für die Entkriminalisierung der Homosexualität. Später war er neun Jahre lang Präsident des Verfassungsrats und danach Senator. Zuvor war er als Anwalt und Professor

für Privatrecht tätig, später Präsident des Verfassungsrates (Conseil constitutionnel) und Senator. Auch international engagierte er sich, etwa als Vorsitzender der Schiedskommission für den Frieden im ehemaligen Jugoslawien und in Gremien der OSZE und der Vereinten Nationen.

Im Europäischen Parlament wurden am 9. Oktober zwei Misstrauensanträge gegen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen abgelehnt. Einer davon erhielt 179 Stimmen, der andere 133, weit unter den benötigten 361 Stimmen. Für Aufsehen sorgte, dass François-Xavier Bellamy (Les Républicains) und die Mehrheit der französischen Delegation der Europäischen Volkspartei (EVP) – vier von sechs Abgeordneten – für einen der Anträge stimmten, obwohl von der Leyen selbst der EVP angehört. Sie wollten damit ein „klares Warnsignal“ senden, insbesondere in Bezug auf das umstrittene Mercosur-Abkommen, das ihrer Ansicht nach ohne ausreichende Beteiligung der nationalen Parlamente ratifiziert werden könnte und Risiken für die europäische Landwirtschaft birgt. Bellamy betonte, das Ziel sei nicht, die Kommission zu stürzen, sondern „die Stimme der Franzosen“ in Brüssel zu vertreten und den Schutz der Landwirte und nationalen Demokratien zu stärken. Er versicherte zugleich, dass die französische Delegation weiterhin fest in der EVP verankert sei.

Der Deutsch-Franzose Lennart Monterlos ist nach mehreren Monaten Haft im Iran wieder in Frankreich angekommen. Der 19-Jährige war am 19. Juni festgenommen und vom iranischen Regime des Spionageverdachts beschuldigt worden, wurde jedoch am Montag freigesprochen. Der junge Mann war ursprünglich mit dem Fahrrad von Paris nach Tokio unterwegs und hatte seine Reise auf Instagram dokumentiert. Sein letzter Beitrag stammte vom 15. Juni aus der iranischen Wüste, kurz vor seinem Verschwinden. Frankreich und Deutschland warnen ihre Staatsbürger eindringlich vor Reisen in den Iran, da westliche Ausländer dort gezielt als politische „Geiseln“ genommen und willkürlich festgenommen werden können.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Der zurückgetretene französische Premierminister Sébastien Lecornu hat erklärt, dass die am Sonntag ernannten Minister, die nur wenige Stunden im Amt waren, keinen Anspruch auf Abfindungen haben werden. Normalerweise erhalten ausscheidende Regierungsmitglieder bis zu drei Monate Übergangsgeld, wenn sie kein anderes Einkommen beziehen. Lecornu betonte, es sei „nicht möglich, Sparmaßnahmen zu fordern, ohne zugleich ein Beispiel an Strenge und Vorbildlichkeit zu geben“. Von den 18 ernannten Ministern waren sechs neu im Amt, fünf davon sind Abgeordnete und kehren ins Parlament zurück, wo sie weiterhin bezahlt werden. Bruno Le Maire, der kurzzeitig Verteidigungsminister war, kündete bereits im Vorfeld an, dass er auf seine Abfindung verzichten wird.

DIE ZAHL DER WOCHE

9/10

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	—	2
7	9		
9	8	2	0
		1	6

Laut einer Studie des Institut Montaigne steckt die ökologische Verkehrswende in Frankreich in einer Sackgasse. Der Verkehrssektor ist der größte Verursacher von Treibhausgasen und der einzige Bereich, in dem die Emissionen nicht sinken. Trotz einer breiten Zustimmung der Bevölkerung – **neun von zehn Franzosen fühlen sich vom Klimawandel betroffen** und 64 % sind bereit, ihr Verhalten zu ändern – kritisiert die Studie die „schlecht kommunizierten“ Maßnahmen der Politik. Besonders die Niedrig-Emissionszonen (ZFE) und die CO₂-Steuer würden oft ohne kurzfristig verfügbare Alternativen eingeführt und trafen vor allem ländliche Haushalte hart. Maßnahmen wie der ökologische Bonus kämen überwiegend wohlhabenden Haushalten zugute, während Instrumente wie das soziale Leasing nur einen sehr kleinen Teil des Fahrzeugbestands betreffen. Die fehlenden Alternativen und die hohen Kosten für Elektroautos erzeugen bei vielen Bürgern ein Gefühl von Ungerechtigkeit, was – ähnlich wie bei der Bewegung der Gelbwesten – zu Unzufriedenheit führen könne.